

Er scheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.
Abonnementpreis
Für ganz Deutschland 1 R. 60 Pf. pro
Quartal.
Monats-Abonnement
werden bei allen deutschen Postämtern
auf den 2. und 3. Monat, und auf den
3. Monat besonders angenommen; im
Königreich Sachsen und Herzogth. Sachsen-
Weimar auch auf den 1. und 2. Monat
des Quartals à 54 Pf.
Inserate
Best. Beschlagnahmen pr. Zeitsp. 10 Pf.,
Best. Privatangelegenheiten und Feste pr.
Zeitsp. 20 Pf.

Vorwärts

Bestellungen
nehmen an alle Postämtern und Buch-
handlungen des In- u. Auslandes.
Hilfs-Expeditionen.
Rem. Post: Exp. v. Bernst. Genosse-
schaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. O. B. 430 North
2nd Street.
J. No. 1, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: J. H. Sorge, 215 Wash-
ington Str.
Chicago: E. Kaufmann, 74 Clybourn Ave.
San Francisco: S. Eng, 418 O'Farrell Str.
London W.: G. C. Gray, 8 New
Golden Square.

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Nr. 95.

Mittwoch, 14. August.

1878.

Die Wilhelmsspende und die Arbeiter-Pensions- und Invalidenkassen.

II.
Die Gewerkschaften, welche in Deutschland entstanden sind, mußten gleich von vornherein das Unterstützungskassenwesen auf ihr Programm schreiben, und nur mit Hilfe desselben war es möglich, Erfolge zu erzielen.
Die deutschen Arbeiter sind fast durchgängig bestrebt, ihre Lage zu verbessern und in dieser Beziehung auch Opfer zu bringen. Uns ist der Fall vorgekommen, daß sogar junge Leute, die kaum aus der Lehre kamen, zwei oder drei Krankenkassen angehören, ja in einzelnen Gewerben zählen die Unverheirateten sogar regelmäßige Beiträge zu den Wittwen- und Waisenkassen. Ein Beweis, daß die Solidarität unter den Arbeitern keine Phrase ist.

Die Entwicklung dieser Kassen hat in Deutschland seit circa 10 Jahren verschiedene Phasen durchgemacht. So schritt man in dem einen Gewerbezweige dazu, Ortsvereine mit Ortskassen einzurichten. Andere unternahmen es, gleich von vornherein Centralkassen einzurichten, so daß also die eingezahlten Gelder in ganz Deutschland nach einem Hauptorte gesandt werden mußten und umgekehrt die nötigen Kranken- u. s. w. Gelder wiederum zur Auszahlung durch die Ortskassen an die erkrankten Mitglieder eingeschickt wurden.

Die Vortheile und Nachteile beider Systeme abzuwägen, ist jahrelang Gegenstand öffentlicher Diskussion gewesen und es läßt sich auf beiden Seiten vieles dafür und dagegen anführen. Die Praxis allein wird hierüber entscheiden.

Wenn man auf der einen Seite bedenkt, daß z. B. die Tischler eine Hilfskasse besitzen, welche in Leipzig 600, in Berlin 800, in Pausa 10, in Köpenick 12, in Hamburg 500, in Neumarkt 6 u. s. f. Mitglieder zählt, so leuchtet gleich von vornherein ein, daß wohl die Mitglieder in Leipzig, Berlin, Hamburg selbstständige Vereine bilden können, jedoch nicht auch in Pausa, Köpenick, Neumarkt; der Vorstand würde alsdann ja nicht einmal zusammenzusehen sein.

Man hat in diesen Fällen die kleineren Orte zu sogenannten Gauerbänden vereinigt. Wie z. B. die Buchdrucker, bei denen es vorkommt, daß in kleineren Städten oft nur ein oder zwei Hilfskassenmitglieder des Verbandes sind. Diese senden ihre Beiträge allmonatlich an den Gauerort und Gauerfasser. Alljährlich findet alsdann ein Gautag statt.

Es nähert sich dieses System schon mehr dem Centralismus. Die Anhänger der Centralkasse machen die Sache einfach in der Weise, daß alle Gelder und Aufschreiben von den Ortsbevollmächtigten an die Hauptkasse z. B. in Hamburg eingekassiert und dann von dort aus wieder die notwendigen Summen an die Ortskassen übermittelt werden. Der Zusammenhalt dieser Glieder wird bewerkstelligt, daß ein Bevollmächtigter und Vertragssammler ernannt wird, welche die Mitglieder monatlich oder je nach Bedürfnis auf Grund des Besammlungsgesetzes zusammenberufen.

Sehen wir weiter.
Die Orts- und Fachvereine bestehen also im günstigsten Falle aus 1000 Mitgliedern. Diese 1000 Mitglieder sollen nun für alles auskommen, Fonds u. s. w. ansammeln. Die Höhe der Beiträge wird erfahrungsgemäß immer verschieden sein — es kommen Epidemien vor, wo der angesammelte Fond binnen wenigen Wochen verzehrt ist; die Steuern müssen erhöht werden. Oder aber die Arbeitslosigkeit ist sehr stark, die Mitglieder der Kasse finden keine Arbeit, man mahregelt sie — wie es in den letzten Jahren hundertfach der Fall. Es entstehen Kassenreste; kommt dazu eine verstärkte Krankenzahl, so müssen eben die Steuern erhöht werden! Auf diese Weise schmilzt schließlich der anfangs blühende Ortsverein auf die Hälfte seiner Mitglieder zusammen und die Uebrigbleibenden können sich vor Steuern nicht mehr retten und, was das Schlimmste ist, den an die Kasse gestellten Anforderungen nicht mehr genügen. In neuerer Zeit sind derartige Fälle ja nichts Seltenes.

An kleinere Vereine werden verhältnismäßig geringere Anforderungen gestellt und es ist auch möglich, daß hier und da ein bedeutendes Kapital angeammelt werden kann — jedoch was beweist dies? Wer vermag zu sagen, ob nicht heute oder morgen eine Katastrophe eintritt, die den angesammelten Fond auf einmal absorbiert?

Die Centralkassen leiden hauptsächlich daran, daß der Wechsel der Mitglieder ein starker, zweitens die Antipathie der Arbeiter zu überwinden ist, die da meinen: Wozu unsere sauer verdienten Groschen nach X. schicken, wir kennen dort Niemand, wer bürgt uns für die Sicherheit unserer Gelder? Eine weitere Folge ist die schwierige Kontrolle der Mitglieder. Können nicht Faulfranke die Kassen ausbeuten? Selbst der gewissenhafteste Arzt kann nicht immer beschwören, was dem Manne fehlt und wie geholfen werden muß. Wer kontrolliert z. B. in X. das einzige Mitglied der Metallarbeiter-Krankenkasse?

Wir sehen also, daß beide Systeme ihre Vortheile, aber auch ihre Mängel und Fehler haben.

Es giebt aber noch einen dritten Punkt, der bisher noch sehr wenig in Betracht gekommen ist und der doch von eminenter Bedeutung für die ganze Sache erscheint.

In Berlin existiert z. B. eine Gewerkschaft der Buchdrucker, der Cigarrenarbeiter, Weber, Tischler, Schuhmacher, Buchbinder, Goldarbeiter, Tapezierer u. s. w., jede derselben hat entweder eine Orts- oder Centralkassen-, Sterbe-, Wittwen-, Invalidenkasse. Also zehn oder zwanzig Verwaltungen. In den großen Städten würde dies immer noch gehen. Aber nehmen wir einmal eine Stadt von zehntausend oder fünfzehntausend Einwohnern; dort ist derselbe Fall, zehn oder zwölf Verwaltungen, ganz

gleichgiltig ob Orts- oder Centralkassen. Diese ungeheuren Verwaltungskosten!

Weiter. Bei centralisirten Kassen existiren in X. von allen Kassen zusammengenommen 20 Mitglieder. Davon senden wöchentlich 12 Mann ihre Beiträge nach den verschiedensten Orten. Macht R. 240 Porto. Ginge das nicht mit 20 Pfennigen abzumachen?

Und nun kommt noch hinzu der schredliche Kassengeist, welcher immer den Einen über den Andern stellt. Es wird in solcher Stadt niemals etwas gemeinsam gemacht, trotzdem Alle nach dem einen Ziele hinstreuen, mit Hilfe ihrer sauer verdienten Groschen ihre Zukunft nicht gänzlich trostlos zu gestalten.

Ein weiterer beachtenswerther Punkt ist der: Es werden von den Arbeitern in all diesen Kassen große Summen angehäuft, die natürlich sichergestellt werden müssen. Das beste Mittel zur Sicherung solcher Gelder war und ist bisher gewesen, dieselben auf sichere Hypotheken auszugeben. Unseren Gegnern haben wir bisher also unser sauer verdientes Geld gegeben, haben selber mit dazu beigetragen, daß man uns gemüthlich unterdrücken konnte. Größere Lämmer hat die Weltgeschichte nicht aufzuweisen.

Wir treffen überall Klagen wegen Mangel an Vereins- und Versammlungslokale, die Herbergen für reisende Collegen sind im traurigsten Zustande, — Geld ist genug vorhanden, um selbst Lokale und Herbergen zu beschaffen — nein, wir geben es den Bourgeois. Ist das nicht Selbstmord? Wäre es den größeren Städten, Berlin, Breslau, Hamburg, Leipzig u. s. w., nicht möglich, sich mit den vorhandenen Geldern selber zu helfen? Wäre ein solches Lokal nicht danach angethan, nimmermehr trachen zu gehen, weil so und so viele Hunderte dabei interessiert sind und selber dafür sorgen, ihre Gelder dort zu verzehren, wo es ihnen wieder zum Vortheil gereicht?

Hier kann es nur eine zustimmende Antwort geben. Die Frage ist nur: Wie das anfangen?

Nun, wir haben über diesen Punkt schon hinreichend nachgedacht und Professor Rühlmann in Chemnitz hat uns weiter geholfen.

Man errichte auf Grund des Hilfskassengesetzes eine einzige Unterstützungskasse mit den verschiedensten Zweigen durch ganz Deutschland, deren Verwaltung ihren Sitz im Mittelpunkte Deutschlands hat. Die einzelnen Orte errichten, ähnlich wie die deutsche Post, Filialen in jeder großen und kleinen Stadt. Mitglied kann jeder Arbeiter, jede Arbeiterin, sowie jeder Kleingewerbetreibende, Beamte und Landmann werden, der unter 1000 Thaler Einkommen pro Jahr hat. Die Beiträge richten sich procentual nach der Höhe des Einkommens. Die Einschätzung hat jedes Mitglied selbst vorzunehmen.

Die Filialen unterstehen der Kontrolle der Gemeindebehörden. Kassierer und Vorsteher müssen Caution stellen.

Es werden in jeder Stadt und jedem größeren Orte Büreaus eingerichtet, die den ganzen Tag und hauptsächlich zu solchen Tageszeiten geöffnet sind, wo die Arbeiter freie Zeit haben. Dort werden Beiträge angenommen und auch Unterstützungsgelder ausgezahlt.

Um ein wirklich gesundes Volk zu erhalten, ist es notwendig, daß nicht allein die Kranken, sondern hauptsächlich die Gesunden unterjocht, in ihren Verhältnissen beobachtet werden. Demzufolge müssen Aerzte, wirkliche Aerzte, die auf dem Standpunkt der heutigen Wissenschaft stehen, angestellt und mit anständigem Gehalt besoldet werden. Dieselben verpflichte man, die Mitglieder in ihren Wohnungen zu besuchen, die Nahrungs- und Lebensweise, die Erziehung und Pflege der Kinder, die Arbeitsräume der Fabriken zu untersuchen und hauptsächlich die Statistik in Bezug auf Sterblichkeit u. s. w. zu pflegen und zu fördern.

Die Aerzte bilden ein Collegium, welches sich möglichst oft verammelt und seine Erfahrungen mündlich und schriftlich (durch ein zu errichtendes Blatt) austauscht. Die Aerzte müssen materiell so gestellt werden, daß sie keinerlei Bestechungen und Nahrungsjorgen unterworfen sein können.

Als Mitglied muß jeder Mensch, welcher ein Einkommen unter 1000 Thaler pro Jahr hat, aufgenommen werden. Dann soll der Grundsatz Leben und Gestalt annehmen: „Einer für Alle, Alle für Einen“, so kann dies nur in der Gemeinschaft von Tausenden, Millionen geschehen, und da kommt es nicht darauf an, wenn auch Kranke und Elende mit übernommen werden. Gewöhnlich sind diese Leute Produkte unserer heutigen Gesellschaftszustände. Für diese Zustände ist aber keine besondere Gesellschaftskasse verantwortlich zu machen.

Es ist ferner nöthig, daß die sämtlichen jetzt bestehenden Unterstützungskassen sich auflösen und ihre Kapitalien diesem allgemeinen Verbands als Kapitalstock überweisen.

Behufs Organisation dieses großen, allgemeinen Verbandes zur Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes treten alle wahren Volkstreue zusammen, ganz gleichgiltig, welcher politischen Partei sie sonst angehören, und hin vor das versammelte Volk, um dasselbe für diese Sache zu gewinnen, ihm Verständnis dafür beizubringen. Es muß jeder Einzelne das begreifen und freudig, freiwillig sein Scherlein beitragen zu seinem, zum allgemeinen Wohle.

Die Vortheile einer solchen Organisation sind unübersehbar, weil mit den vorhandenen Geldern nur allgemein nützliche Institutionen, als Hospitäler, Speiseanstalten, Herbergen, Arbeitsnachweisedureau u. s. f. errichtet werden dürfen; sie kommen dem gesammten Arbeiterstande zu Gute und bilden die Brücke zum sozialen Staat.

Die heutigen Fachkrankenkassen leiden vielfach darunter, daß sogenannte Berufskrankheiten einen großen Theil der gesteuerten Gelder absorbiren. In der Gemeinschaft aller Berufsstände

verschwindet dies und so hilft der eine dem andern die Last erleichtern.

So hätten wir denn in großen Umrissen unsere Ansichten entwickelt und der öffentlichen Diskussion übergeben. Vieles ist vielleicht daran zu tadeln, vieles erscheint auf den ersten Augenblick nicht ausführbar — jedoch die Zeit und die Erfahrung wird es lehren, daß etwas geschehen muß. Die heutigen Leiter des Staats und ein großer Theil der herrschenden Gesellschaft haben sich vereinigt, um den Sozialismus todt zu machen, sie bemühen sich beide vergeblich, die Massen zu anderer Ansicht zu bringen — die letzten Wahlen haben gezeigt, wie viele Tausende und Millionen ihre Stimme erheben und Verbesserung ihrer Lage verlangen.

Wollen die Herrschenden und Mächtigen dieser Welt die sogenannten Ausschreitungen des Sozialismus wirksam bekämpfen, so acceptire man seine Forderungen. Hier ist eine Gelegenheit geboten, eine wahrhaft volksthümliche Einrichtung zu treffen.

Prof. Rühlmann in Chemnitz hat die Wilhelmsspende zu Arbeiterzwecken empfohlen, Generalfeldmarschall Graf Rostke diesen Vorschlag zu unterstützen versprochen und sämtliche Zeitungen finden diesen Gedanken genial, großartig.

Gut, wie wäre es, wenn diese Wilhelmsspende dem arbeitenden Volke als Fundament eines zu errichtenden großartigen Verbandes gegeben würde? Natürlich müßte auch das arbeitende Volk diesen Fond selbstständig verwalten und keine bürokratischen Pfuscher dürften sich in die Volkssache hineinmischen. Doch wir glauben nicht, daß die vom arbeitenden Volke aufgebracht Pfennige, genannt Wilhelmsspende, in Wirklichkeit auch zu einem großen, volksthümlichen Zweck verwendet werden.

Aus Berlin.

— — — 10. August.

Vorgestern hat im Neuen Gesellschaftshaus hier selbst der fortschrittliche Agitator Birchow eine Rede für den Candidaten der vereinigten Reactionäre im 4. Wahlkreise gehalten und dabei in geradezu pöbelhafter Weise auf die Sozialdemokratie geschimpft. Er redete von der völligen Vernichtung der persönlichen Freiheit, welche die Sozialdemokratie anstrebe; er redete von den unsittlichen Ideen der Sozialdemokratie, welche verlange, daß jeder Mensch sich seine Pflichten vom Staate vorschreiben lassen müsse, und um Allem die Krone aufzusetzen, verfiel sich der früher so klare, jetzt so confus gewordene Professor zu folgender Ausführung:

„Das Beamtenthum stellt eine Art Organisation der Arbeit dar. Wenn es nun schon unmöglich ist, den Nothstand der kleinen Beamten zu beseitigen trotz ihrer verhältnismäßig nur noch geringen Zahl, wie viel weniger wird dies möglich sein, wenn alle Menschen Beamte sind. Je größer die Zahl der vom Staate Abhängigen ist, um so größer wird auch die Summe der Unzulänglichkeiten für sie werden.“

Auf den Kernpunkt der Frage, ob in einem sozialistischen Staate sämtliche Menschen Beamte in der heutigen Bedeutung des Wortes sein werden, gehe ich nicht ein, da jeder Ihrer Leser weiß, daß das Genossenschaftswesen der Zukunft in dem Sinne nicht aufgefaßt werden kann und nicht aufgefaßt wird. Herr Birchow hätte deshalb, bevor er solche Auseinandersetzungen machte, seine Nase erst in einige sozialistische Schriften stecken sollen. Bekannt ist der Herr Professor nämlich schon dafür, daß er gern über Dinge redet, von denen er nichts versteht — das hat ihm noch kürzlich Professor Dr. Hädel zu Jena, nebenbei gesagt, in einer kürzlich erschienenen Schrift zur Genüge bewiesen.

Aber das hätte Herr Birchow sich sagen können, daß es ein totaler Unsin ist, die Möglichkeit zu bestreiten, den gegenwärtigen Nothstand der kleinen Beamten zu beseitigen. Wenn die Staatsregierung und die Volksvertretung dazu den Willen hätten, so bräuchten sie nur das Militärbudget um die Hälfte zu verringern. Es würde dann eine jährliche Summe von circa 250 Millionen Mark mobil werden, mit welcher man der Nothlage der kleinen Beamten mit einem Schlage ein Ende machen könnte.

Und ferner hätten Herr Birchow und Herr Straßmann, der den Vorschlag führte, wissen können, daß es höchst unanständig ist, wenn man zuerst eine Partei beschimpft, diese Partei nicht zu Worte kommen zu lassen. Es hatte sich nämlich ein Sozialdemokrat zu Worte gemeldet, doch wurde nach der Rede des unfehlbaren Fortschrittspapstes Birchow die Versammlung sofort geschlossen.

Die liberale und die Fortschrittspartei erhoben in ihren Organen ein großes Geschrei über die Wahlbeeinflussungen Seitens der Behörden ihnen gegenüber. Daraus erwidert die conservative „Post“, diese heißhüftige Gegnerin des Sozialismus, in folgender zutreffender Weise:

„Nirgends ist die Wahlbeeinflussung so stark ausgeübt worden, wie in Berlin, wo bekanntlich die Sozialdemokraten, welche zu bekämpfen, und zwar mit geistigen Mitteln zu bekämpfen die Fortschrittspartei vorgiebt, in jeder denkbaren Weise durch die Behörden verhindert wurden, ihre Agitation wenigstens in der Öffentlichkeit zu betreiben. Während die fortschrittliche Reize zu wiederholen, war es den Sozialdemokraten unmöglich, ein Lokal zu finden. Während die Fortschrittspartei lägenstropfende Flugblätter verbreitete, wurden die nicht viel schlimmeren der Sozialdemokratie confiscirt, ja manches Mal sogar die Verbreiter derselben verhaftet. Die Fortschrittspartei hat sich diese Hilfe mit Wohlbehagen gefallen lassen, und wir haben in allen ihren Aeußerungen auch nicht ein Wort

darüber gefunden, daß sie das Einschreiten der Behörde mißbilligte, oder sich irgendwie bloß eingestanden hätte, wie sie dieser Intervention die Möglichkeit ihrer Ueberhebungen gegen die gemäßigten Parteien verdankt."

Sie habe Ihnen schon früher berichtet, daß die in Berlin unter den Augen und mit Beihilfe der Fortschrittler stattgehabten polizeilichen Wahlbeeinflussungen alles Menschenmögliche übertrieben haben und zwar besonders im 6. Berliner Wahlkreise. Im Reichstage werden darüber äußerst interessante Verhandlungen stattfinden, da das hiesige Wahlcomité das Material sammelt und einen Protest bei dem Reichstage einreichen wird.

Wie weit die liberalen Blätter jetzt die Heuchelei treiben, das geht aus einem Artikel der liberalen „Cösliner Zeitung“ hervor, in welchem es heißt:

„Die Art und Weise, in welcher arme Arbeiter auf dem Lande dafür, daß sie nach ihrer Ueberzeugung liberal wählen, nachträglich von ihren hochconservativen Arbeitgebern bestraft werden, ist wahrhaft empörend. Eine krassere Verhöhnung der Wahlfreiheit, wie sie uns in verschiedenen Berichten aus unserem Wahlkreise vorliegt, ist gar nicht denkbar. Wir wollen heute nur an einem Beispiele zeigen, welche Mittel angewendet werden, um den Leuten ein für allemal die Lust zu benehmen, gegen den Willen ihres gestrengen Herrn ihr Wahlrecht auszuüben, der Leser wird sich dann gewiß nicht mehr wundern, woher die große Majorität für den Candidaten der Conservativen in unserm Wahlkreise kommt. Der Gutspächter Weste in Amalienhof bei Hohensfelde erfuhr, daß der aus dem Gute arbeitende Tagelöhner Dallmann seinen Stimmzettel mit dem Namen des liberalen Candidaten, Herrn Kreisgerichtsrath Hildebrand, vertheilt habe. Weste ließ den Dallmann sofort antreten, verwies ihm die Vertheilung der Zettel als höchst ungehörig und erklärte ihm, daß er verlange, Herrn v. Gerlach zu wählen, wonach er (Dallmann) sich richten möge. Dallmann erklärte, nach seiner Ansicht sei die Wahl frei, worauf ihm Herr Gutspächter Weste keine Antwort gab, sondern seines Weges ging. Nach der Wahl fanden sich die sieben Stimmzettel für den liberalen Candidaten in der Urne vor und Dallmann wurde nun sofort vor das Forum des gestrengen Herrn geladen, um dort die heftigsten Vorwürfe für sein nach der Ansicht des p. Weste ungehöriges Benehmen über sich ergehen zu lassen. Herr Weste blieb aber in seinem hochconservativen Eifer hierbei nicht stehen, sondern ging in einer Weise gegen Dallmann vor, zu welcher er allerdings gesetzlich berechtigt ist, welche den Arbeiter aber vollständig zur Verzweiflung treiben muß. Dallmann mußte zur Bestellung seines Adress in vorigen Jahre von seinem Arbeitgeber, Herrn Weste, Kartoffeln entnehmen und gerieth dadurch in einen Vorstoß, der nach und nach abgezahlt werden sollte. Jetzt, nachdem sich Dallmann unterfangen hatte, liberal zu wählen, wurde ihm von p. Weste angekündigt, daß er baarcs Geld in der Folge gar nicht mehr erhalte, bis der Vorstoß abgezahlt sei. Herr Weste hat Wort gehalten, und Dallmann ist auch richtig in die bitterste Noth getrieben, so daß er gestern Abend noch die drei Meilen von Amalienhof nach Cöslin zurücklegte, um sich heute früh nach dem von hier 1 1/2 Meilen entfernten Gute Waffelen, dem Herrn Kreisgerichtsrath Hildebrand gehörrig, zu begeben, in der Hoffnung, dort vielleicht Arbeit und das zum Leben Nothdürftigste zu erhalten.“

So schreiben jetzt die liberalen Blätter, welche vor der Wahl in Jubel ausbrachen, wenn liberale Fabrikanten sozialdemokratische Arbeiter entließen und so die Wahlfreiheit schändeten.

Man sieht, wie wahr es ist, wenn die liberal-fortschrittliche Partei die Partei der politischen Heuchelei genannt wird.

Auch Herr Winthorst giebt den Liberalen eine derbe Lektion, indem er von dem „traurigen Ruhm“ spricht, welchen sich die Fabrikanten durch ihre Arbeiterbedrohungen erworben haben. —

Nachdem die Wahl im 6. Wahlkreis längst vorüber ist, sendet die löbliche Polizei die den Verbreitern widerrechtlich abgenommenen Flugblätter für Hasenclever nachträglich, wie zum Hohn, in's Haus zurück. Die Polizei sieht also ihr Unrecht ein, sie hat aber ihren Zweck erreicht, indem sie die Wahl des fortschrittlichen Reactionärs Kloy im 6. Kreise ermöglichte. —

Der fortschrittliche Agitator, Kaufmann Wollmer, der im

Kreise Beeskow mit Molke in enger Wahl sich befindet, wird von den dortigen Conservativen mit all' den liebenswürdigen Schmeichelnamen belegt, mit denen uns die fortschrittliche Presse immer bedenkt. „Obstbarer Agent“, „ein von den Arbeitergroßen lebender Agitator, der mit seinen wenig vertrauenerregend aussehenden Kumpanen Bierreisen macht“ zc. zc. Die fortschrittliche Presse ist natürlich darüber sehr wüthend, doch: „Was du nicht willst, das man dir thu“, das fäg' auch keinem Andern zu.“

„Mada! geht und nimmer lehrst er wieder!“ so hallt der Angstschrei durch unsere Stadt. Hat der Aermste seine Schuldigkeit bei den letzten Wahlen noch nicht völlig gethan, ist er gegen die Sozialisten noch nicht bis an die Grenze des Möglichen gegangen? Wird er deshalb gegangen? Da ist Lessendorf doch ein anderer Mann, der seine Schuldigkeit voll und ganz thut. Es wäre auch schade, wenn dieser Herr von Berlin verjagt würde, schade für die Ausbreitung der Sozialdemokratie.

Engere Wahlen.

Dresden: Bebel 11,616, Friesen (kons.) 10,712 St.
Breslau: Reinders 9767, Molinari (nat.-lib.) 9318 St.

Sozialpolitische Uebersicht.

Der deutsche Kronprinz soll sich sehr unzufrieden über den Ausfall der Wahlen geäußert und die Ansicht ausgesprochen haben, daß die Auflösung des Reichstags ein Fehler gewesen sei. Vielleicht nicht ganz unrichtig. Jedenfalls steht so viel fest, daß nur die beiden reichsfeindlichen Parteien: Centrum und Sozialdemokraten, Ursache haben, mit den Wahlergebnissen zufrieden zu sein. Die Conservativen haben nicht die gewünschte Majorität erlangt, und die Liberalen (einschließlich der Fortschrittler) sind vollständig zersprengt. Die ausschlaggebende Partei im neuen Reichstag ist das Centrum — eine drastische Illustration Bismarck'scher Staatsweisheit. Daß die katholische Partei nicht gesonnen ist, die Bahnen der Reaction zu wandeln, die man in Riffingen vorzeichnen möchte, wird am besten durch das Verhalten der Centrums-Candidaten bei den Stichwahlen dargethan, wo sie sich durchweg gegen Ausnahme-gesetze und Beschränkung des Wahlrechts erklärten.

Robiling hat einen neuen Selbstmordversuch gemacht. Das Reptil, welches diese sehr verdächtige Thatsache mittheilt, fügt bei: „Dadurch (durch den Selbstmordversuch) ist bewiesen, daß Robiling wieder bei Verstand ist.“ Das Reptil scheint nicht zu wissen, daß die Selbstmörder eine eigene Kategorie der Irrsinnigen bilden, und daß die Selbstmordversuche derselben nicht Beweise wiederkehrender Vernunft, sondern umgekehrt Beweise des Irrsinn's sind. Doch wozu mit solchem Gesindel sich einlassen, das professionsmäßig lügt. Etwas ist freilich durch den Robiling'schen Selbstmordversuch bewiesen, nämlich daß man sehr schlecht auf Robiling Acht giebt. Wir hoffen, man wird ihm nicht die Gelegenheit zu einem neuen Selbstmordversuch bieten, dessen Gelingen für unsere Attentatspartei freilich von außerordentlichem Nutzen wäre. — Zur Entlarvung der namenlosen Schurken, die Robiling zu einem Mitglied und Agenten der Sozialdemokratie gehempelt haben, ist es dringend notwendig, daß Robiling vor den Schranken des Gerichts erscheine.

Der „Frankfurter Zeitung“ wird aus Berlin berichtet: Wie wir hören, hat das Reichsjustizamt die Revision des Genossenschaftsgesetzes bereits in Angriff genommen. Als eine dabei zur Entscheidung zu bringende Hauptfrage wird angesehen, ob sich eine Aenderung der Genossenschaftsgesetzgebung, welche jetzt nur physischen Personen, nicht aber Kaufleuten unter ihrer Handelsfirma und offenen Handelsgesellschaften die Mitgliedschaft in Genossenschaften gestattet, dahin empfehlen würde, daß auch andere als physische Einzelpersonen Mitglieder von Genossenschaften werden können. Es wird im Reichsjustizamt weiter eine Milderung der gesetzlichen Solidarhaft der einzelnen Ge-

schiedenen Grad der Vollkommenheit oder Unvollkommenheit darstellen. So ist es auch mit dem Tschin gegangen. Dies sollte eine, die ganze große russische Beamtenhierarchie umfassende Tabulatur sein, in der Alles in gliedernde Rangklassen eingetheilt, streng nach der Anciennität vorrückend, eine ewige „Rang- und Quartierliste“ finden sollte.

Nur schade, es fehlten zum Ausfüllen — die Beamten! Und je mehr sich das russische Reich durch absichtliche oder zufällige Eroberungen vergrößerte, desto empfindlicher trat der Mangel hervor an einem Material für die zahllosen Beamten, welche die schwerfällige Regierungsmaschine verlangte. — Es würde uns weit ab von unserem Thema führen, wollten wir auf diese Verhältnisse näher eingehen.

Nur eines sei hier, weil zum Verständnis unumgänglich nötig, angedeutet. Schon Peter I. hatte die Schwierigkeit bitter empfunden, aus seinem Volke das Material für einen tüchtigen, ehrliebenden Beamtenstand zu entnehmen. Er war genöthigt, sich an das Ausland zu wenden. Einen eigentlichen Adel gab es nicht; die wenigen Familien abgerechnet, welche von den alten Wojewoden, d. h. Herzögen, abstammten und nicht durch mehrfache Widersehlichkeit und Empörung neben dem Vehen auch den Besitz verloren hatten, gab es nur größere oder kleinere Grundbesitzer, die mehr oder weniger unfrei im Zustande äußerster Unbildung vegetirten und geistig nur wenig sich von der politisch todtten Masse der Leibeigenen unterschieden. Nun aber hatte Peter einen großen und folgenschweren Fehler begangen, indem er einen wichtigen Factor des Volkslebens, einen Stand, in dem die ganze geistige Regsamkeit und die wirklich staunenswerthe Schnellkraft und Energie in Bezug auf den Erwerb sich concentrirte, mit despotischer Willkür behandelte und dadurch sich entfremdete und in die Reihen der Opposition trieb.

Das war der Kaufmannsstand. Schon zu jener Zeit in mächtige Corporationen zusammengeschlossen, die theilweise bis in die Zeiten der deutschen Hanja reichten, bildete der russische Handelsstand entschieden den Theil des Volkes, auf den ein Reformator und Freund des Fortschrittes am ersten sich hätte stützen müssen.

Das gerade Gegentheil geschah; Peter versuchte nach dem Vorbilde der kurzfristigen und unheilvollen Handelspolitik, die zu jener Zeit in Frankreich wie in Holland am Ruder war, durch räuberisches Pachtwesen den Handelsstand auszulaugen und trieb ihn dadurch zunächst der Opposition in die Arme.

Diese Opposition stützte sich auf den conservativen Sinn des slavischen Stammes in Allem, was Staat und — Kirche betrifft. — Und so ist es geblieben bis auf den heutigen Tag, können wir im Allgemeinen dreißig behaupten. — Noch heute steht der russische Kaufmannsstand im Großen und Ganzen als geschlossene Phalanx in den Reihen der Rasolniks, der orthodoxen Altgläubigen, welche die von Peter I. geschaffene nationale Kirche

noffenschaften den Gläubigern der Genossenschaft gegenüber für notwendig erachtet und dürfte deshalb eine frühzeitigere Gestaltung des Umlageverfahrens, als dies nach dem Genossenschaftsgesetze von 1868 statthaft ist, sowie eine genauere Feststellung des Regressweges zwischen den einzelnen Genossenschaften, namentlich zwischen den ausgeschiedenen Genossenschaffern und der Genossenschaft, in Aussicht genommen worden. Nach den Bestimmungen des Genossenschaftsgesetzes darf bekanntlich das Umlageverfahren erst nach Beendigung des Concursverfahrens beginnen und liegt es dann dem Vorstände ob, eine Berechnung anzufertigen, die Aufschluß darüber giebt, wie viel jede Genossenschaft zur Befriedigung der Gläubiger wegen der im Concurs erlittenen Ausfälle gegen die einzelnen solidarisch haftbaren Genossenschaffter vorgehen, in Folge dessen insbesondere die wohlhabenderen Genossenschaffter vollständig ruiniert werden können. Endlich ist noch eine Aenderung der Bestimmungen über die Geschäftsführung der Genossenschaft, insbesondere eine Verschärfung der Strafbestimmungen für Vorstandsmitglieder in's Auge gefaßt worden.

Der sechste deutsche Arztetag, welcher vor einigen Tagen in Eisenach stattfand, hat sich dahin entschieden, daß der vom Reichsgesundheitsamt veröffentliche Entwurf — Zeichenschau nur in Städten von über 5000 Einwohnern vorzunehmen — unannehmbar und an einer allgemeinen obligatorischen Zeichenschau festzuhalten sei. Bezüglich der Impffrage wurde beschlossen Erhebungen über folgende Punkte anzustellen:

1) Ueber die neuerdings im Reiche angeblich vorgekommenen Gesundheitsbeschädigungen durch die Impfung, wobei jeder einzelne in den Schriften der Impfgegner aufgeführte Fall thunlichst zu prüfen ist.

2) Ueber eine fortlaufende Controlo der etwa in der nächsten Zeit vorkommenden ähnlichen Fälle und eine organisirte Untersuchung derselben von Vereinswegen.

3) Ueber allgemeine Durchführbarkeit der animalen Impfung.

4) Ueber die von den Impfsärzten beim Abimpfen zu beobachtenden Vorsichtsmaßregeln in Form eines allgemeinen deutschen Regulativs auf Grund der vom Vereinsvorstande im Jahre 1874 eingereichten Petition.

Eine Wahlgeschichte, die für den Veranlasser nicht zum Besten ausfiel, wird aus München berichtet: Fünf Maurer führten nämlich Klage gegen den Maurermeister Griner, weil er sie am letzten Dienstag in der Ausübung ihres Wahlrechtes gehindert, resp. ohne Rüchigung entlassen haben soll, nachdem sie trotz seines Verbotes um 5 Uhr statt um 6 Uhr Feierabend gemacht, um noch zur Wahlurne zu kommen. Maurermeister Griner wendet ein, daß sie ja über Mittag Zeit zum Wählen gehabt hätten. Beim Schiedsgerichte verlangten die Maurer um ihre Abhne für 14 Tage pro Tag je 3 M. 30 Pf., also 39 M. 60 Pf. Sie führen an, daß die betreffenden Wahllokale sehr weit von der Baustelle entfernt waren. In der Mittagspause von fünf Viertelstunden wäre es ihnen unmöglich gewesen, den Wahlort zu vollziehen und ihr Essen einzunehmen. Der Senat erkannte die Klage als vollständig berechtigt an und Herr Griner wurde verurtheilt, die Entschädigungen zu zahlen oder die Leute wieder zu beschäftigen.

Auf diese Art werden die Herren Bourgeois schon zur Raison gebracht werden.

Vor dem Zuchtpolizeigericht in Köln wurde am 6. und 7. d. M. der Prozeß gegen unseren Genossen Joseph Dieggen, Georg Schumacher und Stephan Johann Kröger verhandelt. Dieselben waren beschuldigt 1. zum Angehörigen gegen Gesetze aufgefordert, 2. in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise verschiedene Klassen der Bevölkerung zu Gewaltthatigkeiten gegen einander öffentlich angereizt, 3. öffentlich Einrichtungen und Gebräuche der katholischen Kirche beschimpft und 4. erdichtete und entstellte Thatsachen öffentlich behauptet und verbreitet zu haben, um dadurch Staatseinrichtungen oder Anordnungen der Obrigkeit verächtlich zu machen (§§ 110, 130, 131 und 166 des Strafgesetzbuchs). Dieggen hatte Ende Mai

verdammten. Selten oder nie trat bisher aus seinen Reihen Einer oder der Andere über, um den Beamtenstand des Landes zu verstärken; dagegen war das Geld der Kaufleute, wenn auch seltener ihre Person, bei allen Aufständen und Revolutionen das eigentliche Agens, sobald dieselben eben nicht reine Palast- und Serailintrigen waren.

Solchen Verhältnissen verdankt die Geheimpolizei Rußlands ihr Dasein, und wenn man sieht, von welcher furchtbaren Masse von Verrath, Treubruch und Empörung, die mit jeder Waffe, vom offenen Aufruhr bis zum tückischen Giftmord, kämpft, ein russischer Herrscher umgeben ist, so kann man kaum des entschuldigenden Gedankens sich erwehren — er handle aus vollkommen berechtigter Nothwehr heraus.

Peter I. und seine Nachfolger gaben diesem Theil des Staatsdienstes eine wechselnde Gestalt; an der Spitze des Ressorts stand bald ein einflußreicher Mann, ein Günstling des Herrschers, bald ein routinirter Verwaltungsbeamter; feste Normen fehlen und sind auch für die heutige Gestaltung der Dinge, auf die es unseren Lesern doch allein ankommt, von keiner Bedeutung. — Peter III. hob in seinem freisinnigen Enthusiasmus sogar die ganze Einrichtung auf und vertraute rückhaltlos sein Leben und seinen Thron seinen treuen und ehrliebenden Rußen. Ob er wohl im entscheidenden Moment daran dachte, als sein dunkles Geschick sich erfüllte? Auch Alexander I. wollte zuerst in platonischer Begeisterung nichts von einem so unmoralischen und eines wahren Herrschers unwürdigen Schutzmittel wissen. Die thatsächlichen Beweise von zwei ernsthaft genug gemeinten Anschlägen auf seine Person genühten indeß, um ihm eine andere Auffassung von der Lage der Dinge beizubringen.

Nach dem Muster des von Fouché bei Napoleon geleiteten Geheimcabinet's — man sagt, nach Fouché's eigenhändigem Entwurfe, den derselbe auf Napoleon's Befehl für seinen damaligen Freund Alexander ausarbeiten mußte — geschah die Einrichtung. Es war dies bei Gelegenheit jener „ewigen und unвидerräuflichen“ Alliance, die zum Symbole ihrer „Wadlichkeit“ auf schwankem Floß im Niemen von Napoleon, Alexander und Friedrich Wilhelm abgeschlossen wurde. Eine Alliance, bei der Jeder den Separat-schwarz that, sie sobald zu brechen, als das Verderben seiner beiden Allirten es nur irgend erfordern würde.

Jene Polizei-Einrichtung, welche in ihren Grundzügen noch bis heute gültig geblieben ist, werden wir später noch kennen lernen. Als wichtig ist gleich zu erwähnen, daß von jetzt ab niemals ein obscurer Fachbeamter des Polizeiwesens als Chef fungirt, sondern stets Personen, die dem Herzen Seiner Majestät besonders nahe stehen.

Während der Regierung Alexander's war die Thätigkeit der dritten Abtheilung des kaiserlichen Cabinet's eine verhältnißmäßig sehr ruhige und regelmäßige und beschränkte sich meistens auf die Bewachung der Gouverneure und Generalgouverneure

Die dritte Abtheilung des Cabinet's des weißen Czaren.

Schon vor Peter des Großen Zeit bestand am Czarenhof zu Moskau und Kiew eine Geheimpolizei, ganz nach dem Muster der türkischen eingerichtet, welche unter dem Namen Gowinnoi (d. h. Freunde zc. d. Herrschers) ihr Amt versahen. Ebensovienig wie an den orientalischen Sultanshöfen galt dies Amt für schimpflich oder erniedrigend in den Augen des lokalen Adels, und stets waren es Männer aus den vornehmen Familien des Landes — einen eigentlichen Adel kennt der Russe so wenig wie überhaupt der Slawe —, die in den oberen Stellen dieses Verwaltungszweiges fungirten. Die Nachtheile jeder despotischen Regierungsform machten eine derartige Einrichtung so selbstverständlich, daß Niemand daran Anstoß nahm. Die höheren Stände waren die Einzigen, welche mit dieser Größe im gesellschaftlichen Leben zu rechnen hatten, und sie thaten es, wie es ihre Väter gethan.

Diese Gowinnoi und keineswegs seine Ausländer waren es, die Peter den Großen vor der Streifenverschönerung, wie vor anderen Fallstricken rechtzeitig warnten.

Als nun Peter die wichtigste und ausdauerndste seiner Reformen schuf, jene großartige Rangliste, den Tschin, der noch heute geistig die Grundlage der ganzen russischen Beamtenhierarchie bildet, organisirte er Ministerialcollegien nach dem Muster des Auslandes, was ein verhängnißvoller Mißgriff des genialen Reformators war.

Damals war noch hinreichend Leben und Thätigkeit in den alten, nationalen, ständischen Verwaltungskreisen des russischen Volkes, den Wojewodschaften; hätte Peter hier seinen schaffenden Geist walten lassen zur Neubelebung und Umformung der alten dem Volke theuern und ehrwürdigen Verwaltungsformen, die dem Volksgeist und dem nationalen Bedürfnis entstammend, sich lange trefflich bewährt hatten, so hätten ungeahnte, segensreiche Folgen für die Nation sich entwickeln mögen.

Nicht aufgehalten und gewaltsam in fremde, zum Theil ihm durchaus feindlich spröde Formen gezwängt, hätte sich der russische Nationalgeist mächtig entfalten können in eigenartiger Entwicklung, wurzelnd auf den alten, einheimischen Ständeverhältnissen. — Vielleicht ein großes Glück für ganz Westeuropa, daß es nicht also gekommen, sondern daß Peter I., ein Kind seiner Zeit, vor Allem die fremde Form für das Wichtigste ansah, in welche er die weitere Entwicklung des Volkes hinein zwingen wollte.

Wir Alle wissen, wie sein Werk nur zum Theil ihm gelang, ebensovienig wurde es unter seinen Nachfolgern vollendet, wie es denn heutigen Tages noch ein unfertiges Ganzes darstellt, dessen einzelne, zum Theil widerstrebende Theile einen ganz ver-

d. J. in einer Restauration zu Köln einen Vortrag über die Zwecke der sozialdemokratischen Bestrebungen auf Veranlassung von Schumacher gehalten und auf dessen Aufforderung im Selbstverlag drucken lassen. Schumacher hatte dann den Commissionsverlag der Schrift übernommen und Kröger dieselbe colportirt. In dieser Schrift findet nun die Staatsbehörde die Verhöre gegen die angeführten Paragraphen des Strafgesetzbuchs. Die Rathskammer des königl. Landgerichts hatte die Beschuldigten außer Verfolgung gesetzt. (Darauf reduziert sich unsere irrige Nachricht, Diehgen sei freigesprochen worden. R. d. S.) Auf die Berufung der Staatsbehörde verwies indes der Anklagenat die Beschuldigten vor das Justizpolizeigericht. „Sämmtliche Angeklagten, so schreibt die „Kölnische Volkszeitung“ in ihrem Bericht, sind ganz beleumundet. Der Bürgermeister von Siegburg giebt Diehgen sogar das Zeugniß, daß er zu den fleißigsten und ordentlichsten Bürgern Siegburgs gehöre. Eine Reihe von Entlastungszeugen, welche zu den angesehensten Bürgern Siegburgs gehörten und alle von vornherein erklärten, daß sie nicht politische Gesinnungsgenossen des Diehgen seien, gaben demselben die besten Zeugnisse. Sie sagten aus, daß derselbe kein politischer Agitator sei, sondern die Ziele der Sozialdemokratie nur auf dem Wege der Reform erstrebe, nie in Gesellschaft unangefordert über Sozialdemokratie spreche, ein gutes Herz habe und seine Frau, die streng kirchlich sei, nie vom Besuche des Gottesdienstes abhalte. Der Entlastungszeuge Rentner Hellwig von hier nannte Diehgen einen Ehrenmann durch und durch, welcher mehr Philosoph als persönlicher Agitator sei.“ Diehgen wurde bekanntlich anfangs Juni verhaftet und befand sich seit jener Zeit in Haft. Schumacher wird von der Polizei als Hauptagitator geschildert, welcher in allen sozialdemokratischen Versammlungen als Redner aufträte und thatsächlich der Vertreter des sozialdemokratischen Arbeitervereins zu Köln gewesen sei. Kröger gehörte nach dem Leumundsbericht der Polizei dem sozialdemokratischen Agitationsmittels an und „besitzt einen bitteren Spott und beißenden Hohn“. Sämmtliche Beschuldigte bestritten den strafbaren Inhalt der Schrift. Diehgen gab an, daß er viele Artikel für den „Vorwärts“ und einige für die „Kölnische Freie Presse“ geschrieben, aber nie ein Honorar erhalten habe. Nur einmal habe er ein Honorar ohne sein Verlangen für einen Artikel erhalten, der in dem in Zürich erscheinenden Blatte „Die Neue Gesellschaft“ erschienen sei. Schumacher erklärte, daß er das Manuscript des Vortrages vor dem Drucke nicht in der Hand gehabt und also nach dem einmaligen Hören des Vortrages den Inhalt nicht genau gekannt habe. Kröger machte geltend, daß er den Vortrag nur theilweise gehört habe. Herr Advokatanwalt Elven verteidigte die Anklagen in einem mehr als zweistündigen Vortrage und plaidierte auf Freisprechung sämtlicher Beschuldigten. Wegen vorgerückter Zeit wurden die Verhandlungen Dienstag (6. d.) Abend nach 7 Uhr abgebrochen, um Mittwoch Vormittag um 9 Uhr wieder aufgenommen zu werden. Der Präsident machte beim Beginn der zweiten Sitzung Diehgen aufmerksam darauf, daß derselbe auf dem Transporte von Siegburg hierher einen Fluchtversuch gemacht habe und fügte hinzu, daß er glaube, dies sei der Grund gewesen, warum man sein Gesuch um Entlassung aus der Vorhaft abgelehnt habe. Diehgen erwiderte, daß er den Fluchtversuch gemacht habe, um sich der Vorhaft zu entziehen, deren Ende er bei dem damals herrschenden Terrorismus nicht habe absehen können. Der Vertreter des öffentlichen Ministeriums beantragte gegen Diehgen ein Jahr Gefängnißstrafe, gegen Schumacher neun Monate, gegen Kröger sechs Monate. Die Verurtheilung des Urtheils wurde auf den folgenden Sonnabend, den 10. d., ausgesetzt.

Das Urtheil lautet gegen alle drei Angeklagten auf Freisprechung. Auf Antrag des Staatsanwalts, der Appellation anmeldete, wurde Diehgen in Haft behalten.

Die Schwaben werden noch immer nicht geschont. Die Nr. 64 der „Süddeutschen Volkszeitung“ (Stuttgart) berichtet erstens, daß Nr. 63 des Blattes confiscirt worden sei; zweitens die Genossen Dr. Dull, Lössau, Degenhard, Rieger, Schüller, Sievers und Neumann sich noch immer in Haft befinden; drittens die Nr. 16 des „Genossenschafters“, Organ für

der einzelnen Gouvernements, soweit ihre Thätigkeit nicht von den polnischen Zuständen absorbiert wurde.

Es war ein böser Zufall — die Geschichte ist reich an solchen —, daß der damalige Chef des Cabinets der dritten Abtheilung, Graf Regnin, am Vorabend der Reise des Kaisers Alexander nach Taganrog, von welcher dieser nicht wiederkehren sollte, bei der Heimkehr von seinem abendlichen Spazierritt mit dem Pferde stürzte; es hieß, unnütze Buben hätten einen Strid über die Straße gespannt. So reiste denn sein Stellvertreter und langjähriger Gegner, der Rath Kuffski, mit dem Kaiser. Nach des Letzteren Tode aber brach das goldene Zeitalter für die dritte Abtheilung des kaiserlichen Cabinets an. Czar Nikolaus, das war der Mann für eine derartige Institution.

Er begann damit, die ganze Regierungsmaschine außerordentlich zu vereinfachen, wie er glaubte; in Wirklichkeit sagte er zu den hunderttausend alten, zum Theil recht erkledlich eingerosteten Rädern einige neue, wodurch die Friction der ganzen Maschine nicht unerheblich wuchs. Indessen das machte nichts, wenn er nur in dem Wahne befestigt wurde, er regierte allein. Nie lebte ein Herrscher zeitlebens in einem größeren Irrthum.

Querst hatte es schon unter Peter I. einen Senat gegeben, der von Alters her eine beratende Stimme neben dem autokratischen Herrscher besessen hatte. Die Persönlichkeit des jedesmaligen Herrschers und des Senatspräsidenten — ich will die Leser nicht mit den russischen Namen, die nur an einem längeren Sommerstage auszusprechen sind, behelligen — bestimmten die Art dieses Einflusses, der größer war, als man gemeinhin glaubte. Diesem Senat hatte schon Peter seinen Einfluß entzogen, dadurch, daß er die sieben Chefs der wichtigsten Verwaltungszweige mit dem Titel Generaldirektoren und dem Prädicat Excellenz versah, sie gelegentlich zu Collegien vereinigte und von ihnen dann in pleno Gesetze, Verordnungen und wichtige Maßregeln guthießen ließ, die er mit einzelnen Mitgliedern dieses Collegiums, häufig auch mit anderen Personen berathen hatte. Dem Senate wurde dann und wann eine ganze Portion derartiger Novellen in feierlicher Versammlung mitgeteilt, womit sie als publicirt und rechtskräftig galten. — Unter Peter's Nachfolgern war dies im Großen und Ganzen so geblieben.

Unter Peter war sogar der Senat bis zu einem Widerspruch gekommen, die alte Institution wurzelte doch so tief im Volksgeiste, daß man sie nicht beseitigen wollte, obwohl sie nur leere Form war.

Nikolaus erhöhte nicht nur die Zahl der Generaldirektoren auf 10, sondern ernannte sie zu Ministern, und zwar gab er ihnen auch Ministerien, so daß nun für jeden Verwaltungszweig ein Mikroskopium von Beamten in Petersburg selbst geschaffen wurde, den jeder Bericht von Stufe zu Stufe zu durchlaufen hatte, während in früherer Zeit der Direktor selbst kurz und gut mit wenigen Schreibern die Sachen erledigt hatte.

Gold- und Silberarbeiter, confiscirt worden sei, und viertens in Stuttgart die Flugblätter der Sozialisten und Reichstreuen und in Heilbronn drei volksparteiliche und ein conservatives Flugblatt confiscirt worden seien. Wenn das die Schwaben nicht rettet, so kann ihnen nimmermehr geholfen werden.

— Ueber den Kutscherstrike in Paris schreibt die „Bosnische Zeitung“: „Kaum sind die großen Arbeitseinstellungen in den Provinzen beendet, so tritt eine viel größere in Paris ein. Alle Kutscher feiern heute, und man kann sich denken, welche Hindernisse und Nachtheile es erzeugt, wenn von gegen 8000 Droschken kaum einige Hundert in Betrieb sind, die Stadt aber wegen der Weltausstellung 100,000 Fremde mehr zählt, welche der Fuhrwerke am so häufiger bedürfen. Uebrigens befinden sich die Kutscher zwischen Hammer und Ambos. Die Polizeipräfektur bestraft unachtsamlich, ohne Verhör und Vertheidigung, alle Kutscher, welche sich weigern, zum gewöhnlichen Tarif Fahrgäste aufzunehmen, und hat ihrer allein am Nationalfest des 30. Juni 247 deshalb verhaftet. Die Droschkengeellschaften aber, und nach ihr die meisten Fuhrherren, verlangen, daß der Kutscher täglich 20 bis 30 Franken, an Sonn- und Festtagen selbst noch viel mehr, abliefern. Der Kutscher, welcher für den gesetzlich festgestellten Preis fährt, bringt es aber nur im besten Falle auf diese Summe, es bleibt also nichts für ihn. Die Gesellschaft nährt dabei die Pferde so schlecht, daß der Kutscher täglich für 75 Centimes bis 1 Franken Hafer aus eigener Tasche zukaufen muß, damit sie überhaupt noch leistungsfähig sind. Nun verlangt die Polizeipräfektur, freilich im wohlverstandenen Interesse des Publikums, daß jeder öffentliche Wagen mit einem Schildchen versehen ist, auf welchem lous (vermietet) steht, wenn derselbe nicht frei ist; andernfalls muß derselbe ohne Weiteres jeden Fahrgast aufnehmen. Dadurch wäre es den Kutschern unmöglich, eine Fahrt zu dem gesetzlichen Preise zu verweigern. Deshalb gehen sowohl die Kutscher als die Droschkengeellschaft hierauf nicht ein. Bessere macht ohnedies schlechte Geschäfte, ist sie doch eine der schwächlichsten Erfindungen des Kaiserreichs, welche lange Jahre hindurch ein Privilegium besaß und die Fahrpreise auf die doppelte Höhe geschraubt hat. Außer einigen Hundert Kutschern, welche ihre eigenen Wagen haben, oder bei kleinen, nebenbei selbst fahrenden Fuhrherren beschäftigt sind, sieht man heute keine Droschke auf der Straße, die deshalb sehr leer erscheinen. In meiner Nähe sind große Stallungen der Droschkengeellschaft, aber alle Wagen stehen unbespannt unter den Schuppen, während seit dem Morgen mehrere Polizisten die Straße besetzt halten. Die feiernden Kutscher halten sich fern, man sieht nur ausnahmsweise einen auf ihren gewöhnlichen Sammelplätzen. Mir ist berichtet worden, die Gesellschaft wolle den Strike und habe ihren Kutschern je 5 Franken für den Tag versprochen. Jedemfalls schiebt sie alsdann die Kutscher vor, um die Aufhebung des gesetzlichen Fahrpreises und der polizeilichen Vorschriften zu erzwingen. Für diejenigen, welche öfter Fuhrwerk brauchen, sind das schlechte Aussehen, nämlich die Gewisheit einer neuen Vertheuerung.

— Das Züricher kantonale Arbeitercomité hat an den Regierungsrath einen Antrag gerichtet betreffs Uebernahme des Getreidehandels durch den Staat. Der Antrag ist von 6072 Wählern unterstützt und muß laut Verfassung zur Volksabstimmung gebracht werden. Die Schweizer Arbeiter gehen mit dem Sozialismus und seinen Forderungen praktisch um, das muß man sagen; kaum haben sie das Fabrikgesetz durchgesetzt, kommen sie mit diesem Vorschlag, der für das gesammte Volk von unberechenbarem Vortheil sein wird. Die Erde bringt so viel hervor, daß noch einmal soviel Menschen, wie überhaupt existiren, leben könnten. Und doch leidet wir tagtäglich von Hunger, in denen Menschen Hungers halber gestorben sind. Die Ursachen liegen in unserer verkehrten Weltordnung; Verbesserungen können aber nur dadurch herbeigeführt werden, daß man das Uebel an der Wurzel anfacht und die Ursachen entfernt. Jetzt liegt der Getreidehandel in den Händen von gewissenlosen Händlern und Agenten, die die Preise künstlich in die Höhe treiben und das Getreide lieber verfaulen lassen, als billiger

fernern schuf Nikolaus „das Cabinet des Czaren“, welches, in vier Abtheilungen, unabhängig von den Ministerien, Bruchstücke aus den wichtigsten Verwaltungszweigen zur unmittelbaren Erledigung durch den Czar vorzubereiten hatte. Wer ein wenig im Hofleben Bescheid weiß, kann sich denken, wie neben einem solchen Cabinetchef, und sei es ein 30jähriger Mann, der älteste Ressortminister zur Null herabfank. — Hatte Jener doch zu allen Stunden das Ohr des Herrschers, lebte, wohnte vielleicht sogar unter einem Dache mit diesem, konnte die flüchtige Stimmung der Stunde benutzen, wo dem Minister nur die offizielle Audienz oder der Staatsrath in pleno offen stand.

Daß diese Verhältnisse zu einem heillosen Intriguenpiel geradezu aufforderten und wie die Sporen eines Giftpilzes wuchern in alle Fugen und Spalten des ungelenteten Staatsorganismus drangen, dort die Friction in's Unerhörte vermehrten, je weiter der Thator von der Centralstelle entfernt war, ist natürlich. Dies jumeist führte dazu, die dritte Abtheilung des kaiserlichen Cabinets fortwährend zu erweitern.

Nicht nur die Zahl der Vamten, sondern auch ihre Befugnisse wuchsen, und ihr wurde der offizielle Name Gendarmerie, wie auch wir sie jetzt bezeichnen wollen, gegeben.

Von einer simplen, geheimen Leibwache des Czaren, welche dessen Person schützen sollte, manchenmal gegen seine offizielle militärische Garde, war die Gendarmerie zu einer Geheimpolizei für Petersburg avancirt. Dann zog sie das ewig gährende Polen in den Kreis ihrer Wirkksamkeit.

Bisher aber waren politische Vergehen ihr einziges und ausschließliches Object gewesen.

Nikolaus aber steckte ihr ganz neue Ziele. Die fähigsten und begabtesten der Linien- und Gardeoffiziere und Unteroffiziere wurden ihr zugetheilt. Sie selbst wurde in Abtheilungen gegliedert, welche den Verwaltungskreisen Russlands entsprachen, und für jedes Departement wurde eine Abtheilung Gendarmen bestimmt, der eine Anzahl wirklicher geheimer Agenten, die bürgerliche Kleidung trugen und irgend eine Stellung als Beamte oder Gewerbetreibende inne hatten, zugetheilt wurden.

Wie eine ungeheure Spinne zog die Gendarmerie ihr Netz über alle gesellschaftlichen Kreise Russlands. Wo ein Offizier in der wohlbekanntesten hellblauen Uniform erschien, öffneten sich ihm die sonst geschlossenen Kreise. Niemand wagte es, seine Besuche unerwidert, seine Einladungen unbefucht zu lassen. Wachte man doch, daß dies die Augen die Czaren seien, womit er Herz und Nieren seiner Beamten prägte. Die Berichte, welche von diesen Gendarmen in dem Cabinet ihres Chefs einliefen, entschieden in erster Reihe über das Schicksal des Betreffenden. Das Urtheil seines Ressortministers kam erst in zweiter Linie in Betracht.

(Schluß folgt.)

verkaufen. Es heißt oft: aber das ist ein fruchtbares Jahr, und doch werden die nöthwendigsten Lebensmittel nicht billiger! Da müssen die Bauern aber reich werden! Man sehe nur hin in die Bauerndörfer, wie viel es dort reiche Leute giebt — alle Jahre werden der Armen mehr und der Reichen weniger. Die Händler und Agenten allein sind es, welche das Fett abschöpfen und von dem Schweize des Landmanns leben. Und diesem Uebel kann nur allein dadurch gesteuert werden, daß der Staat den Getreidehandel übernimmt und dem Privatmann verbietet, mit diesem allernöthwendigsten Lebensmittel Geschäfte zu machen, Bücher zu treiben. Wir wünschen den Schweizer Arbeitern Glück zu ihrem edlen Unternehmen!

— Der Redacteur des „Braunschweiger Volksfreund“, Genosse Kokosky, ist am 6. d. M. in Haft genommen worden, um eine sechsmonatliche Gefängnißstrafe „abzubüßen“.

— Unerhört! Seit länger als zwölf Jahren wird die unter dem Titel: Arbeiterleibbuch gedruckte große Frankfurter Rede Bassalle's von allen Buchhandlungen unbehindert vertrieben. Diese Brochüre ist geradezu ein Stolz der deutschen Literatur. In Kiel aber wurde dieselbe in der Expedition der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“ mit Beschlag belegt und zwar auf Grund eines im Jahre 1873 gefaßten Rathskammerbeschlusses in Potsdam! — Potsdamer, Ihr!

— Im Offenbach-Dieburger Wahlkreis hat der reaktionär-liberale Dernburg mit einer Mehrheit von etwa 400 Stimmen (11,100 gegen 10,700) über Liebknecht gesiegt. Bei der vorigen Stichwahl hatte er einen Vorsprung von über 2000. — Wir haben also Fortschritte gemacht, die uns bei der nächsten Wahl den Sieg verbürgen.

— Aus Brüssel erhalten wir eine „Adresse“ an die deutschen Arbeiter mit einem „fröhlichen Glückauf zu den Stichwahlen!“ Wir werden das Schriftstück in nächster Nummer veröffentlichen.

Befreiung der Christen und russische Cultur.

Ein auf einer deutschen Universität studirender nicht muhamedanischer Türke schreibt uns:

So ist es denn vollendet, das große Heldenthat russischer Humanität, russischer Frömmigkeit und Nächstenliebe! Die armen verfolgten Brüder in Christo, sie sind befreit aus den Krallen der Ungläubigen, der Ketzler! — und der fromme Scythe hält auf dem Trümmerhaufen rauchender Moscheen den feierlichen Absolutions- und Leichenschmaus. Ganz Europa jubelt dem Befreier der verfolgten türkischen Christenheit, dem Coryphäen der Bildung und Humanität zu, ganz Europa höhnt den Döwen, der in tapferem Kampfe der zwanzigjährigen Uebermacht erlag!

Schon stammt die ganze Balkanhalbinsel von dem schlecht parfümirten Talglicht russischer Civilisation; am Strand der Donau ist der erste, im Kobule-Gebirge der letzte Altar errichtet, von dessen bluttriefendem und rauchendem Gemäuer russisch-christliche Nächsten- und Feindesliebe ihre Kapuziner-Predigten gegen die armen mißkannnten Türken herabdonnert.

Und Europa jubelt Beifall!

Unter dem schlaunen Deckmantel christlicher Liebe, unter dem nichtigen Vorwande türkischer Intoleranz und „zu Schutz und Schirm“ von vier klaffenden Kötern griff eine Großmacht — deren Cultur sich sehr wenig über das Niveau sibirischer Eisbärenjagd und kosakischer Talg- und Spiritus-Conjuration erhebt, deren Literatur unendlich tief unter dem ottomanischen Parnass einherkriecht, deren Unterthanen, unbekannt mit dem Zauberwort „Freiheit“, bis vor wenigen Jahren noch unter dem unerträglichsten Joch harter Sklaverei (Leibeigenschaft) brühten — ein Volk an, das an Literatur und orientalischer Kultur, wie an Heldenruhm und ehemaligen Glanzepochen der russisch-christlichen Civilisation ebenbürtig, wo nicht überlegen ist!

Mit dem Schlagwort der „Christenbefreiung“ eroberte Rußland die Sympathien halb Europas.

Nun sind die „unterdrückten Volksstämme“, die sich Christen nennen, vom unerträglichsten Joch des Halbmonds befreit, um in die Ketten einer christlich-despotischen Tyrannei zurückzufinken.

Vergebens ist die Neue der früher fast souveränen Staaten „Serbien und Rumänien“; die Zeit ihrer politischen Existenz ist vorbei, die Zeit ihrer Knechtschaft ist gekommen. Bald wird von den Binnen von Bukarest und Belgrad die russische Fahne niederwehen, und russische Statthalter werden mit dem „Recht“ der Krone die bethörten Staatchen regieren. —

So unser Correspondent.

Nun, durch den englisch-türkischen Vertrag ist den Russen denn doch ein Riegel vorgehoben worden, der nicht so leicht zu zerbrechen sein wird. Bis jetzt besteht der Haupterfolg der russischen Diplomatie darin, daß Oesterreich in die bosnisch-herzegowinische Falle getappt ist und nun für den russischen Czar bluten und sich vielleicht — verbluten muß.

Correspondenzen.

Aus Schwaben. Der Ausfall der Wahlen bei uns bietet kein erfreuliches Bild; es zeigte sich wieder so recht, daß die meisten Menschen nicht im Stande sind, selbständig zu denken, sich lediglich als Stimmvieh gebrauchen lassen und allerdings das allgemeine Wahlrecht gar nicht verdienen. Während, abgesehen von unserer Muderresidenz, wenigstens in unseren größeren Städten, wie Eßlingen, Heilbronn, Cannstatt, Reutlingen, Tübingen, Göttingen, Freiburg und anderen die Candidaten der Volkspartei zum Theil erhebliche Majoritäten erzielten, ließen sich die Bauern herdenweise an die Wahlurne treiben, um für den Regierungscandidaten zu stimmen, und diesem „gesunden Sinn der Landbevölkerung“ haben es nun die verschiedenen Herren Obertribunal- und anderen Räte zu danken, daß sie mit ganz überraschenden Majoritäten gewählt wurden. Wenn unsere Bauern vor dem rothen Wespennest solche Furcht haben, daß sie sogar vor der bürgerlichen Demokratie, welche man ihnen als Freundin und Bundesgenossin desselben darstellte, erschrockt zurückweichen, was sollen erst wir von ihnen erwarten! In Urach war es nicht möglich, ein Vokal für Ketter, einen jogen. Demokraten, zu bekommen — Liebknecht und Most würden jedenfalls dort gefeiert! Das Traurigste an der Sache ist, daß mancher für Freiheit und Volkswohlfahrt begeisterte Mann sich abwendet von einem Volk, das mit Gewalt Ketten will, zertreten sein will, das die Schafherde bleiben will, die es schon seit 1000 Jahren ist. „Ein Volk hat nicht immer gerade diejenige Regierung, ganz gewiß aber immer diejenige Vertretung, die es verdient.“ Nun denn, meine Schwaben wenigstens, diese Prähwinkler Deutschlands, können sich nicht beklagen, wenn ihnen das allgemeine Wahlrecht wieder abgenommen wird, — da die guten Leuten es doch nicht gebrauchen wollen.

Die schwäbischen Bauern, noch mehr aber eine gewisse Sorte von Städtern, sind jeder Belehrung unzugänglich, diese Menschen müssen fühlen: ehe sie nicht statt drei zehn Jahre in der Kaserne gedrückt werden, ehe ihnen nicht der letzte Blutstropfen in Gestalt indirekter Steuern abgezapft wird, ehe werden diese menschenähnlichen Geschöpfe nicht zu vernünftigen Menschen. — Eine gute Seite hat der Ausfall der Wahlen aber vielleicht doch: möge die mit so großem Geräusch in die Wahlkämpfe gezogene und so elendig unterlegene Volkspartei endlich einmal zur Einsicht gelangen, daß ihre Rolle ausgespielt ist, möge sie wenigstens vorläufig ihren Schwerpunkt statt immer mehr nach rechts, nach links verlegen; nachdem die Wahlergebnisse vorliegen, wäre es freilich gewagt, zu behaupten, bei Befolgung einer anderen Taktik wäre noch der eine oder andere Kandidat durchzubringen gewesen, denn die Regierungsmaschine arbeitete mit zu gewaltigem Hochdruck, wie aus der Freitagnummer der „Berliner Freie Presse“ zu ersehen; allein das wird Niemand bestreiten, daß bei einem geordneten Zusammenwirken mehr herausgekommen wäre, als z. B. bei den von der „Volkspartei“ provozierten Streitigkeiten in Esslingen und Stuttgart.

Mering, 4. August. Wahrscheinlich Großartiges haben die sozialistischen Männer am 30. Juli geleistet. Wir haben eine Feuerprobe bestanden, welche in der Geschichte einzig dasteht. Mitten im Siegestaumel unserer Gegner hört man auch schon den Nothschrei über den Stimmenzuwachs der Sozialdemokraten. Schon hört man diese Herren sagen: was nützen hier Ausnahmegeetze. Diese Leute wollen die sozialistische Hochfluth dämmen mit ihren verschwommenen Programmen, mit Rohheit, Furcht und Feigheit. Was haben diese Ordnungshelden nicht schon erfunden, um unsere Hochfluth zu dämmen und mit welchem Erfolg? Immer mit einem kläglichen Fiasko. Es wollten sie unsre Führer fressen oder den wilden Thieren vorwerfen, da diese Herren aber am 30. Juli gesehen haben, daß wir nicht von unseren Führern, sondern dieselben von uns abhängen (und unsere Führer sitzen meistens im Kerker), indem ein jeder Sozialdemokrat Agitator ist, leben diese Menschen verblüfft da und bewirfen sich gegenseitig mit Noth. Ja, ihr Herren Gegner, so ist's; heute Fortschrittler, morgen gemäßigter Liberaler, übermorgen reichstreu und Ordnungsheld, dann liberalconservativ, freiconservativ, reaktionär und zuletzt exreaktionär, und das alles aus Furcht vor den Sozialdemokraten. Ihr braucht euch wahrlich nicht zu fürchten, für euch haben wir bloß Mitleid. Wir können euch aber nicht helfen, tröstet euch, vielleicht ist es nur noch eine Frage der Zeit und ihr seid Sozialisten eben so gut wie jetzt exreaktionär, denn bei euch ist kein Ding unmöglich. Jetzt habt ihr Gegner freilich gesehen, daß mit Ausnahmegeetzen gegen uns nichts erreicht wird. Ihr seid mit einer Rohheit gegen uns vorgegangen, wie sie nur von Kosaken und Paschi-Bozufs zu erwarten ist. Ihr Schlaumeier, was habt ihr errungen damit? Daß wir einige Sitze im Reichstag verlieren, das konnte unter den angeführten Umständen gar nicht anders sein. Jedoch unsere immense Stimmenzahl, die liegt euch in den Knochen, das fällt euch schwer in die Waagschale. Wir haben in 38 norddeutschen Wahlkreisen, soviel bis jetzt ermittelt, 59,000 Stimmen mehr als voriges Jahr am 10. Januar. In Bayern haben wir unter den ungünstigsten Verhältnissen nahezu 6000 Stimmen im Durchschnitt mehr wie voriges Jahr. Und ihr wollt nur noch die Sozialdemokratie vernichten? O ihr Thoren, dies wäre zum Lachen, wenn wir nicht in einer zu ersten Zeit lebten. Sozialistische Männer! Männer der Arbeit, Handwerker und Feldbauer, wir schwören, unsre Pflicht bei den Stichwahlen ebenso zu erfüllen wie am 30. Juli, wir werden überall eine Reserve in die Wahlkämpfe führen, daß unsern Gegnern Hören und Sehen vergeht. Schon in wenigen Tagen werden unsere Resultate entschieden sein. Darum Hoch die Arbeit! Hoch die Sozialdemokratie!

Stuttgart, 5. August. Wohl nicht leicht können in einem andern Wahlkreise die Genossen mit den gleichen Verfolgungen zu kämpfen gehabt haben, wie solche im 1. württembergischen Wahlkreise zu Tage traten. Kein Mittel wurde unversucht gelassen, uns unsere Wahlagitatorien unmöglich zu machen. So sorgten unsere Gegner in erster Linie, uns die größeren Lokale zur Abhaltung von Wählerversammlungen, sowohl in Stuttgart wie auf dem Lande, streitig zu machen, und wir können sagen, daß ihnen dies auch gelang. Die Verleumdungen und Schmähungen unserer Partei und unserer Candidaten von Seiten der liberalconservativen Compromißpartei konnten ungehindert vom Stapel gelassen werden, weil — nun weil es uns unmöglich gemacht wurde, aufklärend vor die Massen zu treten. Große Wählerversammlungen waren unmöglich und unsere Flugblätter wurden konfisziert. Und trotzdem ist das Wahlergebnis ein derartiges, daß unsere Gegner mit Schrecken merken, daß eine so gerechte Bestrebung wie die unsrige durch keinerlei Machination todt gemacht werden kann. Gegenüber den Vortheilen der anderen Parteien in der Wahlagitatorien steht das Stimmenresultat für uns hoch, wie sich aus Folgendem ergibt: Dr. Dull (soz.-dem.) 4102, Hölder (lib.-cons.) 10,865, Veipheimer (Volksp.) 3767, Probst (ultr.) 264 Stimmen. — Selbst wenn wir ein Ausnahmegeetz hätten, konnte nicht schärfer gegen uns vorgegangen werden. Das zeigt Folgendes: Unser erstes Flugblatt wurde konfisziert und Tags darauf wieder frei gegeben. Das zweite und dritte einige Stunden nach dem Erscheinen konfisziert und die Ausdräger derselben theilweise verhaftet. Die Schultheißen des Amtsbezirks rechtfertigten die von ihnen vorgenommenen Verhaftungen und Beschlagnahme der Flugblätter und theilweise sogar der Stimmzettel mit der Angabe: im Auftrage des Oberamtes zu handeln, indem alle von der sozialdemokratischen Arbeiterpartei zur Vertheilung kommenden Flugblätter hinwegzunehmen und die Vertheiler zu verhaften und vorzuführen sind. Einem Genossen wurde sogar folgendes Schriftstück in seinem Wortlaute übergeben:

Harthausen, Amts Oberamt Stuttgart.

Da durch Anordnung des Oberamtes die herumlaufende mit Wahlzettel zur deutschen Reichs Wahl verboten ist. So werden dieselben im Ort abgewiesen.

Zur Beurkundung.

Harthausen, den 28. Juli 1878.

Schultheiß Abwesend:

A. B. Huf.

Am Tage vor der Wahl erfolgte die Verhaftung des ganzen Personals der Stuttgarter Genossenschaftsbuchdruckerei, wie auch des Expedienten der „Süddeutschen Volkszeitung“; sodann des Wahlcomités und eines Genossen, der Sonntag zuvor bei Gelegenheit einer Abendunterhaltung zu Gunsten des Wahlfonds bekannt gab, daß nun zum Vortrag komme: „Gegen den Strom“. (Bekanntlich aus dem „Vorwärts“.) Im Laufe des Abends wurden wieder aus der Post entlassen: das Druckerpersonal mit Ausnahme des Geschäftsführers und der Expedient. Am gleichen Abend wollte unser Candidat Dr. Dull sein Programm vor den Wählern in Feuerbach erläutern, wurde jedoch, bevor er das Wort ergriß, verhaftet und an die Behörde in Stuttgart abgeliefert. Am Tage der Wahl waren nun eine Anzahl der

Genossen durch ihre Verhaftung verhindert, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Am Abend des 30. Juli, nachdem die Wahl beendet war, erfolgte die Freilassung des Genossen, der den bewußten Vortrag antrat. Donnerstag den 1. August wurde die fertige Nummer der „Süddeutschen Volkszeitung“ konfisziert und der Redakteur Kieger verhaftet. Es befinden sich nun in Untersuchungshaft drei Redakteure, unser Candidat Dr. Dull, der Verfasser der letzten Flugblätter, Schuller, der Geschäftsführer der Genossenschaftsbuchdruckerei und das Wahlcomité, zusammen 16 Personen, größtentheils Familienväter. — Es würde zu weit führen, alle bedeutenderen Vorkommnisse hier zu verzeichnen, indem sich schon aus obigem ein genügendes Bild ergibt.

NS. Socben, Montag Mittag, den 5. August, wurde das Wahlcomité aus der Untersuchungshaft auf freien Fuß gesetzt.

Plauen, 5. August. Der Ausfall der Reichstagswahl vom 30. Juli hat in unserm 23. Wahlkreise eine ganz außergewöhnliche Ueberraschung, oder richtiger gesagt Aufregung hervorgerufen. Man glaubte mit ganzer Bestimmtheit an eine Stichwahl zwischen Burdhardt und Landmann und doch kam es anders. Obgleich wir unser Möglichstes gethan, den Arbeitercandidaten mit zur engeren Wahl zu bringen, gelang dies doch nicht; es kommen vielmehr Reusel, der bisherige conservative Abgeordnete des 23. Kreises und der nationalliberale Superind. Landmann dazu. Daß sich die Arbeiter einer solchen Stichwahl gegenüber vollständig theinahnlos verhalten, ist ja selbstredend, denn die beiden in Frage stehenden Candidaten haben schon von vornherein für Ausnahmegeetze und alle sonstigen schönen Sachen zu stimmen versprochen, so daß wir weder für den Einen noch für den Andern eine besondere Vorliebe fassen könnten. Ein eigentlicher Unterschied zwischen ihnen ist nicht im Geringsten vorhanden. Wir werden uns also der Wahl, welche am 15. August hier stattfindet, vollständig enthalten und aber auch alle diejenigen, welche durch besondere Verhältnisse zum Wählen genöthigt sein sollten, zur Abgabe ungültiger Zettel zu bewegen suchen. Als „Stimmvieh“ wollen wir uns nicht mißbrauchen lassen. Es ist überhaupt auch ganz gleichgültig, ob ein nationalliberaler Schwärzer, oder ein schwarzer Conservativer im Reichstage sitzt, Beide sind Freiheitsfeinde und haben der Arbeiterpartei den Tod geschworen. Die Conservativen waren es, die die Wirthschaft beeinträchtigten, uns keine Säle zu geben, und die Arbeitermaßregelungen sind zum größten Theil von den Liberalen verübt worden; deshalb holen wir weder für diesen noch für jenen die Kostanten aus dem Feuer. Die Einschüchterungen und die dadurch bei vielen Arbeitern Ploß gegriffene Furcht haben es dahin gebracht, wohin es gewisse Leute haben wollten, sie mögen sich ihrer Heilthaten freuen, um solche „Siege“ sind sie nicht zu beneiden. Wir hatten aber auch bei Aufstellung unserer Candidaten mit allerhand unvorhergesehenen Schwierigkeiten zu kämpfen, indem die bereits erfolgte Proklamirung Keiser's wieder rückgängig gemacht werden mußte, weil derselbe aus persönlichen Gründen noch in letzter Stunde ablehnte, worauf wieder einige Tage verfloßen, bis wir in Burdhardt endlich einen bestimmten Candidaten bekamen. Da es aber demselben bei der Kürze der Zeit und bei seiner anderweitigen Candidatur im 10. sächsischen Kreise nicht möglich war, bei uns länger zu verweilen, muß das erzielte Resultat, welches sich auf beinahe 4000 Stimmen für denselben beläuft, als gänzlich bezeichnet werden. Burdhardt konnte sich nur in drei Versammlungen, in Plauen, Adorf und Langenbach bei Mühlstorf, den Wählern zeigen; in den meisten Orten des Wahlkreises war derselbe so gut wie gar nicht bekannt, und dennoch dieses Resultat, wobei aber, wie schon erwähnt, der Umstand der Theilnahmlosigkeit eines großen Theiles der Arbeiter infolge der ihnen angedrohten Entlassungen in Betracht gezogen werden muß. Man ersieht also daraus, daß unsere Ideen bereits im Bürger- und Handwerkerstand eingedrungen sind und daselbst Wurzel gefaßt haben, was sich ganz besonders in den Städten Plauen, Pausa, Mühlstorf und Adorf gezeigt hat; nur die Abstimmung der Landbevölkerung war für uns ungünstig. Aber auch dieses Hinderniß wird noch überwunden werden. Von Verboten und Verhaftungen können wir ebenfalls berichten. In Adorf wurde Genosse Schwarz und in Pausa Gottlieb Schenk verhaftet; in Delsnig wurde den dortigen Genossen eine beabsichtigte Wählerversammlung untersagt, weil — der Saal, in welchem dieselbe abgehalten werden sollte, „hauffällig“ war. Auf bei der Kreisdirection in Jwidau eingereichte Beschwerde bekamen wir Bescheid, daß das Verbot nicht am Plage und der Herr Bürgermeister somit im Unrecht war; aber nun war es auch für uns zu spät zur Versammlung geworden. Der löbliche Zweck war somit für die Gegner erreicht. Der liberale Stadtrath in Plauen verweigerte uns das Plakatanschlagen, und um dem Ganzen einen würdigen Abschluß zu geben, konfiszierte das Gericht am Wahltag Abend beim Wahlfest im Wettiner Hof unsere Einnahme in Höhe von 37 Mk. Doch das sind für uns immer noch Kleinigkeiten, über welche wir einfach zur Tagesordnung übergehen und trotz alledem tüchtig fort für die Sache des arbeitenden Volkes wirken werden.

Magdeburg, 7. August. Unser Polizeianwalt hat eine besondere Vorliebe für die Sozialisten, so daß beinahe täglich von dieser freundlichen Seite Einladungen zu einem Rendez-vous an unsere Genossen erfolgen. Heute hatten sich Bremer und Habermann gegen die Anklage, „eine öffentliche Sammlung“ veranstaltet zu haben, zu verantworten. Das hochnothwendige Verbrechen soll in der „Magdeburger Freien Presse“ durch die Aufforderung: „Gesinnungsgenossen, vergeßt den Wahlfond nicht“, und durch die in demselben Blatte enthaltenen Quittungen der gezahlten Beiträge begangen sein. Die Angeklagten bestritten das ihnen zur Last gelegte öffentliche Sammeln von Geldern und beantragten ihre kostenlose Freisprechung. Diesem Antrage schloß sich das Polizeigericht an. Die Verfolgungen unserer Parteigenossen freisen wirklich bald an das Bächerliche.

Essen, 1. August. Ueber die hiesige Reichstagswahl schreibt man dem „W. Vbl.“: „Die Wahlkämpfe sind geschlagen, wir brauchen uns des Erfolges nicht zu schämen. Redakteur Stöckel erhielt noch mehr Stimmen, wie von den Centrumsanhängern im vorigen Jahre auf Forcade und Stöckel zusammen abgegeben waren. Die Wahlbetheiligung war eine bedeutend größere wie früher, circa 85 Proz. genügten ihrer Wahlpflicht. Noch nie war Essen so aufgeregert wie vorgef. Ein unerhörter Druck wurde seitens der Krupp'schen Meister und Beamten auf ihre Untergebenen ausgeübt. Auf der Colonie Cronenberg und Schederhof, wo nur Krupp'sche Arbeiter wohnen, war die Controle durch die Beamten eine derartige, daß ein Arbeiter gar keinen andern Stimmzettel abgeben konnte, wie nur auf A. Krupp lautend, daß sie vom Eingange zum Wahllokale bis zum Wahlischen Spiehruthen laufen mußten durch ein Spalier von Krupp'schen Beamten und Meistern. Ein Gleiches geschah in der Krupp'schen Bierhalle. Nicht selten geschah es, daß ein Meister sogar beim Eintritt in das Wahllokal den Zettel des Arbeiters, den er in der Hand hielt, revidirte. Das nennt man geheime Wahl. — Morgens früh 9 Uhr am Tage der Wahl gaben die Herren Reichstreuen Wahlzettel heraus, die schon auf fünf Schritte

kenntlich waren; sie waren aus milchweißem Postpapier in kleinerem Formate, wie die zuerst ausgegebenen. Diese wurden unsererseits sofort nachgedruckt, da kamen auf einmal lange schmale und noch lange breite. Auf einer Hütte in Wocholt bei Borsdorf wurden die Arbeiter vom Werke (die Zettel waren bereits ausgegeben) geschlossen zur Wahlurne geführt. Wähehch die Reichstreuen müssen roth werden vor Scham (wenn es überhaupt noch möglich) ob des Wahlergebnisses. Der gerechten Sache, damit trösteten wir uns, ist trotz aller Bedrohung, trotz des Höherhängens des Brodforbes, trotz des klangvollen Namens des Hrn. Krupp, der Sieg geblieben.“ — (Der Correspondent meint nun zum Schluß, die Sozialdemokraten hätten jedenfalls für Krupp gestimmt. Hoffentlich klären unsere dortigen Genossen diesen Punkt auf. D. Red.)

Frankfurt a. M., 7. August. (Stichwahl.) So hat sich denn der Behime Herr Gesundheitsrath Barrentrapp noch in weitem glänzender, als anno 1877 als durchfallender „Freisinniger“ bewährt. Denn damals brachte er es auf 7340 Stimmen, sein demokratischer Gegner Polthof auf 10,325; heuer sank er trotz oder am Ende gerade wegen allem Spul auf 5553, während Sonnemann 12,491 erhielt. Bei der ersten Wahl wurden 19,258, in der Stichwahl 18,096 gültige Stimmen abgegeben. Reiches und doch so armes Frankfurt! Du wirst jetzt aus einer Stadt des Selbstbewußtseins, freien Bürgerthums zu einem Heerd des internationalen Radikalismus erniedrigt. Aber „tu l'os voulu!“ Warum hast du bis zum Jahre der Annexion freie Reichstadt den Nothsignalen, den gewiß gut gemeinten — Jammersrufen des „Freisinnigen“ für ihre 5000 Stimmen ausgegeben — in Anbetracht der schlechten Zeit eine zwar ziemlich theuere, aber doch nicht sonderlich werthvolle Ertragschance! Ein „Anruf zur Stichwahl“ folgten häßlich alphabetisch geordnet 439 Stimmen. Fast zehntausend Wähler haben nicht abgestimmt, heißt es da. Diese 10,000 werden ohne die geringsten Umstände als „Reserven“ annekirt, denn Sozialisten und Demokraten haben bei der ersten Wahl ihren letzten Mann aufgegeben. Die Schlühempfehlung des Herrn Barrentrapp läßt an Dehnbarkeit, Halt- und Behaltlosigkeit gewiß nichts zu wünschen übrig; sie lautet wörtlich: „Er ist ein unabhängiger Mann, weder darauf angewiesen den Volksmassen zu schmeicheln, noch sich vor der Regierung zu beugen. Ohne Rücksicht nach Oben und Unten wird er als freier Mann immer leblich nach seiner Ueberzeugung handeln, sprechen und stimmen, wie es sich für einen Vertreter des Frankfurter Wahlkreises ziemt.“ Es lebe Summi, Kantischul und Wack! Die große Mehrzahl der Wähler Frankfurts ist politisch unreif,“ das sagte gestern im „Wahlverein“ ein Herr Dr. Juch. Die Hige war freilich gestern, wie auch heute noch, wahrhaft afrikanisch, aber ich meine doch, daß deren Wirkung durch die abfälligen Wahlnachrichten aus den einzelnen Wahlbezirken keine allzugroße sein könnte! Daß die nationale Partei keine Partei der Phrasen ist, wie Herr Barrentrapp versicherte, das ist freilich über allen und jeden Zweifel erhaben! An dem Wirrwarr in dem Wahlkampf ist, wie auch gesagt wurde, die Regierung selbst schuld; man habe lassen wir die Todten ruhen! — Die Herren von der Fortschrittspartei waren weder kalt noch warm — das ist ja bei ihnen so Sitte! Einzelne empfahlen, für Sonnemann zu stimmen, — doch nein — die bösen Sozialdemokraten sind dabei im Spiele! Der Mann des Freisinn, Herr Barrentrapp, will möglichenfalls Ausnahmegeetze — das geht wieder nicht! Da Sonnemann's Sieg ja ohne uns zweifellos ist, so haben wir nicht nöthig, unseren Genossen irgendwelchen Zwang anzuthun, sondern können frei und unbefangen prüfen! Ja, ein Genie weiß sich stets zu helfen!

Bei der ersten Wahl erklärten es „mehrere Kameraden der Arbeiter-Kameradschaft“ für Pflicht ihrer Kameraden, „einen reichstreuen Abgeordneten zu wählen“. Man sieht, das sich auch noch Vereine mit politischen Angelegenheiten befassen dürfen, wenn sie deutliche Spuren von sogenannter Reichstreue an sich tragen!

Nach einer „Berichtigung des „Volksfreund““ beruht die Angabe, wir hätten nur 200 Mark für die Wahlen verausgabt, Irrthum; es seien vielmehr bis jetzt über 400 Mark verausgabt. — Den hiesigen Soldaten sollen etliche 60, den Post- und Telegraphenbeamten etliche 40 Wirthschaften verboten worden sein, wo Sozialdemokraten verkehren oder sozialistische Blätter gehalten werden.

Auf diese Weise wird das in Gefahr befindliche Unterland nur allein noch gerettet! Wie weit die „Rettung“ gediehen ist, wird sich — falls überhaupt noch gewählt wird — gelegentlich der nächsten Reichstagswahl ausweisen, mag sie nun in einem oder in drei Jahren an uns herantreten! Auf alle Fälle aber heißt unsere jetzige Parole: „Muthig vorwärts im Kampf gegen die finsternen Mächte!“ Trotz alledem und alledem! —

Briefkasten

der Redaktion. W. in London. Er hat auffallend lange Ohren. — H. L. in B.: Der Antwort wünscht, muß anständig schreiben. — X. in Ottenen: Eau de Cologne ist französisch, wird De'Colonny ausgesprochen und heißt Wasser von Köln, Kölnisches Wasser. — Verschiedene Correspondenten: Eine vollständige Rohheitsstatistik für die Dauer der Wahlperiode können wir schon aus Raumangel nicht bieten; die Herren Ordnungshelden haben zu Großartiges geleistet. Wir werden aber das Möglichste thun.

der Expedition. A. S. B. D.: Die Leipziger Messe beginnt am 29. September und endet am 19. October, dort finden Sie die größten Firmen in den gewünschten Genres vertreten. Ein Gastwirth ist nicht verpflichtet, jeden Fremden zu beherbergen.

Wahlfonds.

Gef. d. Arbeiterverein Lindenau d. 3,87, Liste 905 d. Kirsten 6,00. H. R. Bonn 1,00.

Durch die Expedition des „Vorwärts“ ist zu beziehen: [2,10
Borritan, Religion und Sozialismus 2R. —40
— Die religiöse Frage und das arbeitende Volk . . . —25
Geiser, Das deutsche Reich und seine Gesetzgebung . . . —60
Vielknacht, Zur orientalischen Frage oder soll Europa . . . —30
tschisch werden
— Die Orientdebatte im deutschen Reichstage . . . —30

Zur Beachtung!

Vorzellanfauleute und Händler in und außerhalb Deutschlands, welche sich zur Sozialdemokratie bekennen oder ihr nicht feindlich gegenüberstehen, werden ersucht, ihre Adressen an die Expedition des „Vorwärts“ gelangen zu lassen, um mit einem Parteigenossen in Geschäftsverbindung zu treten. Näheres brieflich. Sa [1,80

Verantwortlicher Redakteur: Franz Gäßlaff in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstr. 12. II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.